

ßen elitäre Minderheit zu begreifen, weckt weitere Aversionen der hiesigen Bevölkerung.

Bei dieser Lage drängen sich Überlegungen zu einer behutsamen Anpassung der Aussiedlerpolitik auf. Sie sollte sich auch in Zukunft von der Ausländer- und damit Einwanderungspolitik unterscheiden, damit die grundgesetzlich verankerte Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an anerkannte Aussiedler erhalten bleiben kann. Aussiedler wie Ausländer nach dem Ausländergesetz zu behandeln würde der Erkenntnis widersprechen, daß sie Teil unserer kulturellen Tradition sind. Sie müssen deshalb auch zukünftig das Recht haben, unter privilegierenden Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten und damit Teil des deutschen Staatsvolkes zu werden, des Volkes, dem sie sich kulturell verbunden fühlen.

Behutsame Anpassung

Grundlage für Anpassungen der Aussiedlerpolitik ist immer die Geschichte, der wir verpflichtet sind und die uns aufgegeben hat, auch Personen zu helfen, die sich zu unserer Kultur bekennen, aber in den fremden Herkunftsländern unter diesem Bekenntnis leiden mußten. Beachtet werden muß auch, daß die Aussiedlerpolitik eine Kontinuität aufweisen muß, an der sich die Aussiedler orientieren können. Sie müssen auf die Zusage eines Rechtsstaates vertrauen können, nicht abrupt als Ausländer, noch nicht einmal als Unionsbürger eingestuft zu werden, mit der Folge, daß die Zuwanderung, die dann eine Auswanderung wäre, fast völlig zum Erliegen käme. Wolfgang Schäuble hat dies im Deutschen Bundestag am 5. Februar 1998 mit Blick auf die vom Aussiedlerbeauftragten der Bundesregie-

rung, Horst Waffenschmidt, maßgeblich gestaltete Politik so ausgedrückt: „Die Aussiedler-Zahlen waren durch eine kluge Politik, die darauf abzielt, das Tor (nach Deutschland) offenzuhalten, aber zugleich die Zuwanderung maßvoll und im Einvernehmen mit den Betroffenen zu verstetigen und zurückzuführen, im Jahr 1997 um ein Drittel niedriger, als sie im Jahre 1996 waren.“

Behutsame Änderungen sollen deshalb so ausgestaltet werden, daß sie von beiden Seiten akzeptiert werden, von den Aussiedlern und der hiesigen Bevölkerung. Sie müssen sich an der grundgesetzlich geforderten Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit orientieren, aber gleichzeitig beachten, daß die gesellschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik nicht überstrapaziert werden.

Das Bild Rußlands wird hierzulande nicht selten durch die Rußlanddeutschen vermittelt, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, in Übergangsunterkünften wohnen, durch ungewohntes und einschüchterndes Verhalten in der Öffentlichkeit auffallen und ganze Schulklassen dominieren, allerdings wegen der fehlenden Kenntnisse der deutschen Sprache dort das Niveau in krasser Weise senken. Solche Rußlanddeutschen sind schlechte Botschafter des neuen Rußland, mit dem Deutschland zwingend auf ein spannungsfreies Verhältnis angewiesen ist. Es darf nicht dazu kommen, daß sich die Euphorie, mit der der Zuzug von Rußlanddeutschen in den Jahren der Öffnung des Ostblocks als Brückenschlag und Teil einer neuen Völkerverständigung begrüßt wurde, nun in ihr Gegenteil verkehrt. Die Integration der zu uns kommenden Rußlanddeutschen bleibt eine nationale Aufgabe, die allerdings von beiden Seiten akzeptiert sein muß.

Im Oktober finden in der jungen Balkanrepublik zum dritten Mal freie Wahlen statt

Ein Makedonien – viele Gesichter

Carsten Wieland

Makedonien, die jüngste Nation Europas, steht vor den dritten freien Parlamentswahlen ihrer kurzen und turbulenten Geschichte. Noch immer verstrickt sich die Innenpolitik im wesentlichen in ethnische Querelen und die Außenpolitik in diplomatische Drahtseilakte gegen die Abwehr nationaler Ansprüche ihrer Nachbarn, der „vier Wölfe“ – Bulgarien, Serbien, Albanien und Griechenland.

Alle vier stören sich in irgendeiner Form an der Existenz einer Republik Makedonien. (Diese Eigenbezeichnung des Staates wird im folgenden als gleichwertig benutzt zu dem international geltenden Staatsnamen „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“.) Max Weber hatte wieder einmal recht: Der Begriff Nation beinhaltet, so schrieb er 1921, „daß gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber zuzumuten“ sei. Kaum ein anderes Land in Europa wird von seinen Nachbarn wohl derart als „Zumutung“ empfunden wie Makedonien. Mit Bulgarien kann das Land bisher keine Verträge abschließen, weil Bulgarien Makedonisch nicht als selbständige Sprache akzeptiert. Zwar hat Bulgarien die Republik Makedonien als einer der ersten Staaten diploma-

tisch anerkannt, doch leugnet es eine makedonische Nation und hält ihre Bewohner für Bulgaren. Die Griechen sprechen von einer „brutalen Vergewaltigung der Geschichte“. Denn sie beschlagnahmen der historischen Regionalbegriff Makedonier für ihr eigenes hellenisches Nationalprojekt. Radikale Serben sehen Makedonien als serbisch und verweisen auf das Reich Stefan Dusans, der am Ende seiner Regentschaft (1331 bis 1355) in Skopje residierte. Fanatische Albaner fordern ein „Großalbanien“, das Teile Montenegros und Griechenlands, West-Makedonien und den Kosovo umfaßt. Doch diese Forderungen sind in der deutlichen Minderheit.

Innenpolitisch ist die Lage ebenso verzwickelt. Politische Debatten und Parteienformieren sich fast ausschließlich entlang ethnischen Spaltungslinien, die auch die kommenden Wahlen prägen. Dabei vermischen sich verschiedene Ebenen des Begriffs „Makedonien“. „In Makedonien hat das Konzept der Nation eine große Verwirrung ausgelöst“, bringt es der makedonische Botschafter bei der UNO in New York, Ivan Toshevski, auf den Punkt. Politiker, Historiker und Journalisten des Landes rühren kräftig mit an diesem explosiven Gemisch – be-

wußt und unbewußt. Kaum jemand grenzt den politisch-staatsrechtlichen, den ethnischen und den historisch-regionalen Begriff voneinander ab. Würden sie die drei Bedeutungsebenen deutlich auseinandertreten, bestünde die Chance, die subjektiv empfundene „Zumutung“ der staatlichen Existenz Makedoniens zu verringern.

Der politisch-staatsrechtliche Begriff zielt auf einen modernen Bürgerstaat. Alle, die einen makedonischen Paß haben, sind Makedonier. So proklamiert es auch der sozialdemokratische Präsident Kiro Gligorov: „Wir sind Makedonier. Wir sind alle Staatsbürger in diesem Land. Auf dem ethnisch bunt gemischten Balkan ist es unmöglich, kompakte Nationalstaaten zu bilden, wo nur Angehörige einer Nation leben.“

Ähnlich sieht es auch der Vizepräsident des makedonischen Parlaments, Xheladin Murati, der selbst Albaner ist und der gemäßigten albanischen Partei des Demokratischen Wohlstands (PDP) angehört: „Wir sehen Makedonien als einen multiethnischen Staat, in dem Makedonier, Albaner, Serben und andere Slawen leben.“

Nur der politisch-staatsrechtliche Begriff des *Citoyen* vermag die große albanische Minderheit in das Land zu integrieren. Und nur unter dieser Voraussetzung unterstützen die Albaner das junge Nationsprojekt: „Die Albaner unterstützen die makedonische Nation voll und ganz“, sagt der Fraktionsvorsitzende der PDP, Ismet Ramadani. Die gleichzeitige Unzufriedenheit der albanischen Bevölkerung mit ihren staatsbürgerlichen Rechten beschreibt Ramadani als Drahtseilakt der PDP, die vom Sozialdemokratischen Bund Makedoniens (SDSM) 1994 in eine freiwillige Regierungskoalition integriert worden ist. Ramadani geht noch weiter und will den Begriff „Nationalitäten“ in der Präambel der Verfassung durch „Bür-

ger“ ersetzen. „Es gibt keine Chance, daß die Makedonier die Albaner assimilieren werden. Und es gibt keine Chance, daß die Albaner die Makedonier assimilieren werden“, so Ramadani. Deshalb müsse ein politisches Konzept der Bürger das ethnische Konzept ablösen.

Die ethnische Tradition

Doch es ist genau dieser ethnische Begriff der Makedonier, den (ethnisch) makedonische Journalisten, Historiker und Politiker ständig bemühen und damit die Minderheiten im Land abschrecken. Sie versuchen derzeit mit ständig neuen historischen Belegen die lange Tradition der makedonischen Ethnie zu betonen. Das ähnelt sehr der Beobachtung Eric J. Hobsbawns, nämlich daß *nation-building* mit der „Erfindung von Traditionen“ einhergehe. Ernest Gellner hat beobachtet, daß Nationalismus dann erst an Bedeutung gewinnt, wenn Volk, Folklore und Massenkultur künstlich werden.

Als Musterbeispiel der Gellnerschen Nationalismustheorie vollzieht sich der makedonische Nationsbildungsprozeß seit der Schaffung der jugoslawischen Teilrepublik in Hast und Eile. So schreibt der Historiker Stefan Troebst: „1944 noch nicht vorhanden, aber in kurzer Frist fertiggestellt waren Nationalsprache, Nationalliteratur, Nationalgeschichte und Nationalkirche. Das südostslawische Regionalidiom im Raum Pripet-Weles wurde als Schriftsprache kodifiziert, mittels des kyrillischen Alphabets orthographisch genormt und unmittelbar von den gleichfalls neu geschaffenen Medien übernommen.“ Und die Medien basteln eifrig weiter an der Nationalgeschichte. Sie formen vor allem ein ethnisches, weniger ein politisches Nationskonzept.

Die geistlichen Gelehrten Konstantin (Kyrylus) und Methodius sind die Gationfiguren, die gegen bulgarische Nationalisten emporgehoben werden. Sie hätten die erste makedonische Schriftsprache im neunten Jahrhundert in Ohrid entwickelt. Dadurch seien das slawische Alphabet und die slawische Literatur entstanden, die „als unsterbliche Flamme den Pfad durch jahrhundertlange Dunkelheit, Heldentaten, Ruhm und Sklaverei erleuchtet“ habe, wie *The Macedonian Times* schreibt.

Streit über die Bildung

Die Albaner fordern seit langem, ihre Sprache als zweite Amtssprache einzuführen. Besonders heftig hat sich der Streit im Bildungswesen entzündet. Die sogenannte Mala Recica Universität im hauptsächlich albanisch bewohnten Tetovo ist zum Prüfstein der albanischen Loyalität zum makedonischen Staat hochgeschaukelt worden. Etwa 4000 Studenten wollen dort in albanischer Sprache lernen, obwohl die makedonische Verfassung den Gebrauch anderer Sprachen nur in Grund- und Hauptschulen vorsieht. Die makedonische Regierung nimmt sogar Blutvergießen in Kauf, um den Unterricht zu verhindern. Für sie ist dies auch *Powerplay*: Der SDSM würde fünf bis zehn Prozent der makedonischen Stimmen verlieren, wenn er der Forderung nach albanischem Hochschulunterricht stattgeben würde, heißt es aus OSZE-Kreisen in Skopje.

Ein weiterer Kampf entzündete sich an den albanischen und türkischen Flaggen, die provokativ an öffentlichen Gebäuden in Tetovo und Gostivar hingen. Als die Polizei im Juli dieses Jahres die Flaggen von den Masten riß, kam es zu gewalttätigen Unruhen mit Albanern und Türken.

Die Gemüter entfachen sich genau an den Gellnerschen Kriterien der Nationsbildung: dem nationalen Einsatz von Erziehung, Sprache und Symbolen. Das politische Nationsprojekt erhält deutliche Risse. Nimmt man die Gellnerschen Kriterien als Maßstab, so versuchen sich mehrere Nationen auf dem Territorium der Republik Makedonien zu formieren. Das zeigt sich auch an den getrennten gesellschaftlichen Diskursen entlang ethnischer Spaltungslinien. Die albanischen wie die makedonischen Medien reden überwiegend dem ethnischen Nationsprojekt ihrer Klientel das Wort.

Das ethnische Nationskonzept der Makedonier brüskiert auch die Nachbarn, die „vier Wölfe“. Journalisten und Akademiker in Skopje werden nicht müde, auf makedonische Minderheiten in Nachbarstaaten hinzuweisen. *The Macedonian Times* spricht von „praktischem und statistischem Völkermord“ an Makedoniern in Bulgarien, Albanien und Griechenland. Natürlich leugnen Bulgaren und Griechen makedonische Minderheiten. Denn die Bulgaren sehen die Makedonier ohnehin als Bulgaren an und die Griechen die Makedonier als eine Mischung aus Slawen, Albanern, Türken etcetera.

In einer so fragilen Situation des jungen Staates kann eine akribisch-statistische Wissenschaft von Minderheiten kein rein akademisches Projekt bleiben. Mit Zahlen wird auf dem Balkan Politik gemacht. Das mußten auch die OSZE-Beobachter erfahren, als sie 1994 den Zensus mit durchführten. Die Ergebnisse werden bis heute von den Albanern bestritten. Anstatt 23 Prozent seien sie mindestens vierzig Prozent, behaupten sie. Zu allen Verzweigungen mischt sich auch noch der historisch-regionale Begriff in die Debatte um Makedonien. So schreibt *The Macedonian Times*: „Nachdem sie Sankt Ky-

rillus und Methodius geboren hat, liegt Mutter Makedonien sehr schwach und erschöpft.“ Hier gerät der antike Begriff mit dem ethnisch-makedonischen durcheinander. Die nationale Vereinnahmung von Kyryllus und Methodius und die gleichzeitige Vereinnahmung Alexanders des Großen können den Nachbarn Griechenland nur schrecken.

Es entbehrt nicht der Ironie, mit welcher Inbrunst beide Seiten auf die Schriftsteller und Helden des antiken Griechenlands und Makedoniens rekurrieren. In einem Büro des Außenministeriums in Skopje steht die Büste Alexanders des Großen. *The Macedonian Times* veröffentlichte eine Serie zur antiken Geschichte, unter anderem mit dem Titel „Arguments for the Undying Saga of Ancient Macedonia“.

Die Griechen sind im Namensstreit mit dem nördlichen Nachbarn in eine Argumentationsfalle getreten. Denn auch sie hantieren mit verschiedenen Begriffen, je nach Gusto und politischer Opportunität. Sie mochten sich noch auf der gleichen Ebene bewegt haben, als sie die Abschaffung des Sterns von Vergina von der makedonischen Flagge gefordert hatten. Denn das Symbol wurde auf dem Grab Philipps II. im heutigen Griechenland gefunden. Beide Länder liegen territorial zum Teil im historisch-regionalen Makedonien. Ein Symbol aus der Antike hat auf der Etikette eines modernen nationalen Staates nichts zu suchen (das gilt für Makedonien wie für Griechenland).

Schattenboxen

Die griechische Position verkümmert allerdings zu politischem Schattenboxen, weil sie sich ausschließlich auf der Ebene des historisch-regionalen Begriffs bewegt. Denn die griechische Regierung hat die Republik

als Staat anerkannt. Wenn gleichzeitig die Makedonier konsequent auf den staatlich-politischen Begriff eines modernen „Nationalstaates“ verweisen, reden beide Seiten aneinander vorbei.

Die griechische Position versucht mit Verweisen auf Homer, Herodot und Pausanias gegen staatsrechtliche und politische Probleme des 20. Jahrhunderts anzugehen. Dafür werden unter anderem die Olympischen Spiele im antiken Griechenland angeführt. So habe sich der Makedonier Alexander I. für die Spiele beworben: „Seine griechische Abstammung wurde anerkannt. Er durfte also am Wettkampf teilnehmen und kam mit dem Sieger zugleich ans Ziel“, heißt es bei Herodot.

Die Stadtgemeinde Thessaloniki hat als Souvenirstück eine Schriftrolle herausgegeben mit dem „Eid Alexanders des Großen“ in mehreren Sprachen. Darin sagt der Herrscher zu Stammesvertretern in der Stadt Opis 324 v. Christus unter anderem: „Ich unterscheide die Menschen nicht nach Griechen und Barbaren, wie es die Engstirnigen tun.“ Damit soll dem Eindruck entgegen gewirkt werden, Griechen und Makedonier seien verschiedene Völker. Eine solche Position ist typischerweise in der Republik Makedonien zu finden: Die Griechen hätten die Makedonier nur als „Barbaren“ tituliert und nicht als Griechen akzeptiert.

Die Makedonier können aber nur konsequent gegen die griechischen Positionen argumentieren, wenn sie an ihrem politischen Staatsprojekt festhalten. Denn sie haben wie die Griechen mit dem antiken Land Makedonien, außer einem Teil des Territoriums, kaum etwas gemein. Die ethnischen Bezüge der dort lebenden Bevölkerung haben ständig gewechselt. Das Kernland des antiken Makedoniens sollen griechischsprachige Dorer bewohnt haben. Danach

zogen Kelten, Römer, Kumanen, Awaren, Goten und Slawen durchs Land und sorgten für ständige Vermischungen. Im achtzehnten Jahrhundert kreuzten umherstreifende Banden das Gebiet, vor allem muslimische Albaner. In den heutigen Verwaltungsregionen West-, Zentral- und Ostmakedonien in Nordgriechenland lebt eine Bevölkerung, die zum größten Teil aus Griechen besteht, die nach dem griechisch-türkischen Krieg 1923 aus Kleinasien nach Westen gewandert sind (und im Gegenzug in Griechenland lebende Türken nach Osten). Weder Griechenland noch die Republik Makedonien kann sich also auf Territorium oder Bevölkerung berufen, wenn sie das antike Erbe „Makedoniens“ beanspruchen.

Internationales Ansehen

Die Republik Makedonien hat international Anerkennung gefunden, nur die Namensgebung ist auf Druck Griechenlands bisher ungelöst. Die Rechte für Minderheiten im Land entsprechen europäischen Standards. Die Außenpolitik des Landes hebt sich durch ihre Behutsamkeit und Ausgeglichenheit positiv von der anderer Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ab. Bei der Unabhängigkeit des Landes 1991 fiel kein einziger Schuß.

Das sind alles Merkmale, die dem politischen Projekt Makedoniens vom Ausland wohlwollend angerechnet werden und auch innenpolitisch dämpfend auf die ethnischen Spannungen gewirkt haben. Deshalb stellt sich die Frage, warum sich die Meinungsträger des neuen Staates nicht deutlicher für ein politisches Nationskonzept einsetzen, sondern immer wieder auch die ethnische Variante ins Spiel bringen. Ein politisches Nationsprojekt ist relativ geschichtslos. Das ist eine untypische Variante

für den Balkan. Geschichte sei dort eine Art „Selbstverteidigung“, kritisiert der Juraprofessor Gorgi Ivanov: „Auf dem Balkan gilt: Wenn du dich nicht um deine Geschichte kümmerst, wirst du nicht überleben, sondern von anderen Völkern und ihren Staatenprojekten vereinnahmt werden.“

Bemerkenswert ist, daß fast alle Parteien, ob ethnischer Orientierung oder nicht, im kommenden Wahlkampf mit dem Ziel antreten, die Republik Makedonien in die Europäische Union zu integrieren. Vielleicht liegt in dieser Aussicht eine Chance, das politische Staatsverständnis des *Citoyen* zu stärken und ethnische Spaltungslinien in den Hintergrund zu drängen. „Wir hoffen, daß das nationale Element mit der Abschaffung der Grenzen in Europa aus der Mode gerät“, sagt Angelka Peeva, Vizepräsidentin der Liberal-Demokratischen Partei (LDP).

Das setzt voraus, daß vor allem die ethnische Nationsvariante der Makedonier aus der Debatte gedrängt wird. Denn die größte Plausibilität hat der Staat durch seinen modernen Staatsbürgercharakter (oder als „Verwaltungsnation“) gewonnen. Die Republik Makedonien ist eine künstliche Nation – weil jede Nation künstlich ist. Das makedonische Beispiel hat gezeigt, daß das Entstehen eines neuen „Nationalstaates“ beruhigend auf eine Region wirken kann. Die „vier Wölfe“ gingen leer aus.

Wenn die Makedonier diese positive Rolle weiter spielen und von ihren Nachbarn anerkannt werden möchten, müssen sie aufpassen, daß wenigstens sie ein klares Konzept von ihrer Nation haben. Sie müssen sich innenpolitisch und außenpolitisch dafür einsetzen, daß die drei Begriffsebenen auseinandergehalten werden. Sonst werden die Nachbarn das „spezifische Solidaritätsempfinden“ der Makedonier weiterhin als „Zumutung“ empfinden.